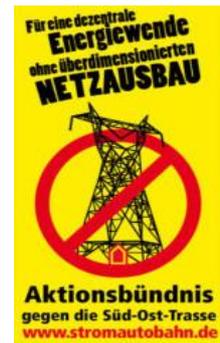


Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse

Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau!

Pressemitteilung 28.04.2018



Demo in Eichstätt - Energiewende jetzt – 32 Jahre Tschernobyl

... und ein Dankeschön an Hubert Weiger

Das Energiebündel Eichstätt e.V. hat gemeinsam mit dem BUND Naturschutz Kreisgruppe Eichstätt eine Kundgebung anlässlich des 32. Jahrestages der atomaren Katastrophe am 26.04.1986 in Tschernobyl organisiert. Das Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse unterstützt diese Demo und ruft die Trassengegner in Bayern zur Teilnahme auf.

Windkraftgegner erweisen sich als aggressive Ewiggestrige

Gleichzeitig soll die Demo ein klares Bekenntnis für eine dezentrale Energiewende sein. Denn Wind- und Energiewendegegner wollen am 28.04.2018 ab 9.15 Uhr vor der Landesdelegiertenkonferenz des BUND Naturschutz in Bayern e.V. in Eichstätt gegen den BUND und gegen die Energiewende demonstrieren. Dazu heißt es in einem auf Windkraftgegner-Seiten geteilten [Aufruf](#) an die Mitglieder des VLAB (Verein für Landschaftspflege & Artenschutz in Bayern), man möchte Hubert Weiger einen „würdigen Abschied bereiten“, indem man ihn für die angebliche „Verspargelung der Landschaft“ durch Windräder verantwortlich macht und als „aggressive Lobbyorganisation der sogenannten Erneuerbaren-Branche“ diffamiert. Die Energiewende-Gegner fürchten eine Aufweichung der 10H-Regelung in Bayern.

„Wir halten den Protest der Windkraftgegner bei der Veranstaltung des BUND Naturschutz für eine fragwürdige und durchsichtige Aktion, die vor allem eins erkennen lässt: Die Anti-Energiewende-Dinosaurier müssen kurz vor dem Aussterben noch mal kräftig auf den Putz hauen, um das Unvermeidliche lautstark zu beklagen - die Energiewende kommt. Mehr als um den ‚Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft‘ scheint es dem VLAB vor allem darum zu gehen, gegen die Befürworter der Energiewende in den Krieg zu ziehen. Eine differenzierte Auseinandersetzung um die unausweichliche Notwendigkeit der Energiewende findet in diesen Windkraftgegner-Kreisen nicht statt. Aber was man findet, wenn man ein wenig genauer hinschaut, sind Anschauungen, die eine große Vorliebe für die zeitlich unbegrenzte Nutzung der Atomkraft nicht verbergen können“, stellt Dörte Hamann, Sprecherin für das Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse, fest.

Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau

Sprecherkreis-Mitglied Hubert Galozy ruft die Bayerische Staatsregierung auf: „Lassen Sie 10H-Regelung fallen! Sorgen Sie dafür, dass die dezentrale Energiewende mit einer

regionalen Wertschöpfung in Bayern eine Chance bekommt! Dass die Staatsregierung, allen voran Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer mit seiner „[Taskforce Netzausbau](#)“, statt dessen lieber dem holländischen Staatskonzern Tennet saftige Renditen für eine Untertunnelung und Überspannung Bayerns mit einem Kohle- und Atomstrom-Meganetz zuspricht, ist eine Katastrophe für den Naturschutz und ein Affront gegen die Bürgerinnen und Bürger, die die Energiewende wollen.“

Ein Dankeschön der Trassengegner an Hubert Weiger

„Seit dem Bayerischen Energiedialog ab Ende 2017 unterstützt der BUND Naturschutz auch die Bürgerinitiativen im Kampf gegen den überdimensionierten Netzausbau. Dafür hat sich Hubert Weiger immer wieder stark gemacht, indem er in der Diskussion um Südostlink, Südlink und weiteren Übertragungsleitungen aufgezeigt hat, dass die einseitige Verstärkung des Stromnetzes eine energiepolitische Sackgasse ist, die der Energiewende schadet und nur den europäischen Stromhandel mit Kohle und Atom fördert. Dafür sind wir ihm sehr dankbar“, betont Robert Wittmann vom Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse.

Jetzt gehe es darum, weiterhin nicht locker zu lassen: „Unser Ziel ist und bleibt die konstruktive Verhinderung des überdimensionierten Netzausbaus, der nur dem Profit der Großkonzerne dient. Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern werden wir Bürgerinnen und Bürger den Kampf gegen unnötige Stromtrassen unvermindert fortsetzen. Auch entlang der geplanten Trassen entstehen weiterhin neue Bürgerinitiativen. Der Energiewende darf durch die derzeitige ungebremste Konzernpolitik der Landes- und Bundesregierung nicht länger die Luft abgeschnürt werden. Stattdessen gehört die Energiewende in Bürgerhand.“